



26. September 2016

„Inklusive Schule für alle ist die Schule für die Demokratie“

Breites Bündnis veranstaltet „Inklusionskongress“: „Soziale Spaltung in der Gesellschaft überwinden“

Frankfurt a.M. – „Wir brauchen ein Schulsystem, das einen Beitrag leistet, die soziale Spaltung in der Gesellschaft zu überwinden“, stellten die Sprecherinnen und Sprecher des Inklusionskongresses „Eine für alle – die inklusive Schule für die Demokratie“ am Montag in Frankfurt a.M. fest. Das Schulsystem in Deutschland zementiere soziale Benachteiligungen, die Kinder mit in die Schule bringen. Trotzdem habe die Politik Reformen bisher nur zögerlich umgesetzt. Schulstrukturdebatten würden tabuisiert, begründete das Kongressbündnis seinen Vorstoß. „Das wollen wir ändern“, betonten Sprecherinnen und Sprecher des Bündnisses, dem sieben Organisationen angehören und das von der „Aktion Mensch“ unterstützt wird. Das Bündnis wolle eine gesellschaftliche Debatte um die Schulstruktur anstoßen. Das gegliederte Bildungssystem sei nicht zukunftsfähig.

„Inklusive Bildung ist weder ein Modetrend noch eine beliebige Modalität. Sie ist das universelle Recht aller Kinder auf gemeinsames Lernen“, sagte Prof. Vernor Muñoz, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung. „Als wesentliches Charakteristikum menschenrechtsbasierter Bildung ist Inklusion eine Verpflichtung für die politisch Verantwortlichen in Deutschland und ein Recht, das eingefordert werden kann.“ Muñoz hatte vor zehn Jahren das deutsche Schulsystem im Auftrag der UN untersucht und insbesondere moniert, dass die deutsche Schule Kinder mit sozialer Benachteiligung, mit Migrationshintergrund und mit Behinderungen diskriminiere.

„Die Länder müssen für mehr Inklusion sorgen und für ihre Maßnahmen mehr Personal, mehr Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams, bereitstellen. Wir brauchen bundesweit mehr Modellversuche und Regionen, die voran gehen und inklusive Schulen gründen, die die Schülerinnen und Schüler von Klasse 1 bis 13 besuchen können“, sagte Ilka Hoffmann, für Schule verantwortliches Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Seit Jahren beobachte die Bildungsgewerkschaft eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft. Viele Menschen fühlten sich durch die Politik nicht mehr vertreten. Sie glaubten nicht mehr an gesellschaftliche Integration durch Bildung. „Da müssen wir gegensteuern“, begründete Hoffmann ihre Forderung. „Kinderarmut steigt: Sie geht in der Regel mit Bildungsbenachteiligung einher. Diese Entwicklung wird durch interkulturelle Konflikte und Vorurteile verstärkt. Die Probleme sind Folge gesellschaftlicher Fehlentwicklungen, die durch das gegliederte Schulsystem verstärkt werden.“ Damit trage Schule zur Entdemokratisierung der Gesellschaft bei.

„Das gegliederte und segregierende Schulsystem im Sekundarbereich in Deutschland muss endlich eine konsequente Reform erfahren und mit einer demokratischen und inklusiven Zielorientierung auf das gemeinsame Lernen aller Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Pflichtschulzeit ausgerichtet werden“, stellte Maresi Lassek, Vorsitzende des Grundschulverbandes (GSV), fest. Die Grundschule bekomme den Erfolg des gemeinsamen Lernens der Kinder immer wieder durch Studien bescheinigt, trotzdem müsse sie sich auf Auslese vor dem Übergang in die Sekundarstufe ausrichten. Durch diese Übergänge entstünden Brüche in den Bildungsbiografien von Kindern. Die frühe Selektion wirke nachweislich weder bildungs- noch begabungsgerecht, sie unterbreche zudem Lernwege von Kindern. „Der Druck des Sortierens ist in unseren Grundschulen schon im ersten Schuljahr zu spüren. Die Forderungen ‚Eine für alle‘ und ‚länger gemeinsam lernen‘ umschreiben den Anspruch des Grundschulverbandes, allen Kindern gerecht zu werden. Diesen Anspruch stellt der Verband auch an ein inklusives Schulwesen“, erklärte Lassek.

„Nur die Fortsetzung des gemeinsamen Lernens über die Grundschule hinaus vermeidet die Brüche und negativen Folgen des aktuellen Schulsystems. Solange die ‚Eine Schule für alle‘ nicht erreicht ist, müssen die konkurrierenden Wege - der in Gymnasien, Real-, Haupt- und Förderschulen sondernde einerseits und der in den Sekundar-, Gesamt- und Gemeinschaftsschulen integrierte andererseits - jeweils die Verantwortung für ihre Schülerinnen und Schüler bis zu deren Abschluss übernehmen“, sagte Gerd-Ulrich Franz, Bundesvorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens (GGG). „Als nächster Schritt ist eine stufenbezogene Lehrerbildung einzuführen, die nicht das Unterrichten nach Einheitsnormen der Schulformen, sondern die individuelle Lernbegleitung als Auftrag formuliert. Vielfalt und Entwicklung müssen gefördert, Benachteiligung muss gemindert und Scheitern verhindert werden. Die Gemeinschaftsschulen in Berlin haben aktuell belegt, dass der Lernzuwachs auch und gerade in sozialen Brennpunkten am höchsten sein kann. Gemeinsames Lernen ermöglicht auch Kenntnis und Verständnis unterschiedlicher Lebensbedingungen. Täglicher Umgang mit Verschiedenheit ist gelebte Demokratie und stärkt die Solidarität in der Schule und danach. Mit diesem Kongress betonen wir die unabwiesbaren Rechte aller auf individuelle Bildungschancen und die gesellschaftliche Wirkung des öffentlichen Schulwesens gleichermaßen – nur in einer inklusiven Schule für alle wird dies zusammengeführt.“

Info: An dem Bündnis beteiligen sich folgende Organisationen: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Aktion Humane Schule (AHS), Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG) – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens, Grundschulverband (GSV), NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“, Politik gegen Aussonderung – Koalition für Integration und Inklusion, Goethe-Universität Frankfurt am Main: Fachbereich Erziehungswissenschaften.

Zu den Unterstützern des Bundeskongresses gehören: Aktion Mensch, Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik, Institut für Teamarbeit und Schulentwicklung sowie die Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft.